

Kurzprotokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.02.2018

Beginn: 19:33 Uhr
Ende: 21:18 Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Joachim Krause, Rudi Naisar, Gerlinde Schmolke, Bastian Dombret, Josef Kink, Salvatore Disanto, Jürgen Ascherl, Kerstin Tschuck, Florian Baierl, Michaela Theis, Hans-Peter Adolf, Walter Kratzl, Josef Euringer, Armin Scholz
Verwaltung: Frau Otto, Frau Groh, Herr Redl, Herr Kaiser, Herr Jakesch; Herr Dr. Müller
Zuschauer: Zehn Zuschauer

TOP 1: Tätigkeitsbericht des Heimatpflegers und Ortschronisten für das Jahr 2017

Herr Dr. Müller ergänzt den schriftlichen Bericht. Am 3./4. März zum Tag der Archive soll das neue Archiv im Augustiner-Dachgeschoß vorgestellt werden.

Herr Baierl regt an, das Jubiläum 100 Jahre Freistaat zu nutzen, um das Leben in Garching vor 100 Jahren zu beleuchten.

TOP 2: Elterngebühren Tagespflege- Übernahme Geschwisterermäßigung

Auch die nicht mehr bei der Nachbarschaftshilfe tätigen Tagesmütter sollen die Geschwisterermäßigung bekommen. Die Gebührensätze insgesamt werden vom Landratsamt vorgegeben.

Herr Adolf fordert erneut die soziale Staffelung bei den Gebühren.

Der Beschlussvorlage, die Ermäßigung zu gewähren, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 3: Antrag der Fraktion Unabhängige Garchinger zur Förderung von generationsübergreifenden und genossenschaftlichen Wohnprojekten und Konzepten für Begegnungsstätten im Sinne eines Mehrgenerationenhauses

Der Weg ist bei der Kommunikationszone bereits eingeschlagen worden. Herr Redl erläutert seinen Bericht und insbesondere den Unterschied zwischen Mehrgenerationenhaus und Mehrgenerationenwohnen.

Frau Theis bedankt sich für die Ausarbeitung und unterstützt die Anhörung eines Experten. Herr Ascherl begrüßt das Projekt für die CSU und regt eine Besichtigung an. Rudi regt eine Expertenanhörung zum Thema Genossenschaften an und fragt, ob eine kommunale Genossenschaft gegründet werden kann. Bastian erwähnt Bauträgergemeinschaften, die durch das Sparen eines Bauträgers die Wohnungen noch etwas billiger bauen könnten. Herr Kratzl meint, dass der Königsgarten dem generationenübergreifenden Wohnen nahe kommt und dass ein ähnliches Projekt in der Kommunikationszone von Privaten erstellt werden könnte. Herr Euringer erinnert daran, dass zusätzliche Wünsche die Baukosten in die Höhe treiben. Dietmar stellt fest, dass Eigentumserwerb immer schwieriger wird und deshalb Genossenschaften eine Alternative sind. Auf den 20% der Fläche der Kommunikationszone, die der Stadt gehören, kann über die Wohnform frei entschieden werden. Frau Theis regt die Anhörung des Behindertenbeirats bei der Quote für barrierefreies Wohnen an. Ich erkläre die finanziellen Aspekte des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Herr Adolf hält bei barrierefreiem Wohnen die zusätzlichen Kosten für gering.

Der Beschlussvorlage, die Verwaltung mit der weiteren Prüfung zu beauftragen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4: Kinderkrippe Nachbarskinder- interimsmäßige Verlegung und weitere Entwicklung der Raumsituation

Durch den Wasserschaden in der Altenwohnanlage ist die Verlegung notwendig geworden, die Sanierung kann bis September nicht abgeschlossen werden. Deshalb sollen die Container bei dem Kinderhaus „Untere Straßäcker“ stehen bleiben und dafür genutzt werden.

Der Beschlussvorlage, die Kinderkrippe ab 2018/19 in die Container zu verlegen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 5: Wohnungsvergabe der Mietwohnungen im Kinderhaus Untere Straßäcker

Herr Adolf möchte die Wohnungen als Werkwohnungen generalvermieten. Er hält Zeitmietverträge für preistreibend. Herr Jakesch antwortet, dass Werkwohnungen mit den Mitarbeitern freier Träger schwer zu realisieren. Herr Euringer möchte keine Träger, sondern die Stadt mit der Wohnungsvergabe beauftragen. Herr Dombret möchte auch nicht den Träger bevorzugen und schlägt die Vergabe als Werkwohnungen an Mitarbeiter und sonst über Zeitverträge vor. Laut Herrn Jakesch sollen maximal 4 Wohnungen an die Diakonie vergeben werden. Herr Scholz hält die Einkommensgrenze für zu hoch. Darüber entspannt sich eine längere Diskussion. Herr Kaiser hält die 50 000 Euro bei Erzieherinnen für realistisch.

Der Beschluss wird nicht gefasst, sondern auf März vertagt.

TOP 6: Grundsatzbeschluss Kurzparkzone Mühlgasse - Berechtigung für den Erhalt einer Ausnahmegenehmigung

Es gibt einen starken Parkdruck, Ausnahmegenehmigungen werden gegen eine Gebühr ausgestellt. Es gibt Anfragen von Mietern, die weiter entfernt wohnen, und abgelehnt werden sollen.

Ich frage nach Berechtigungen für Anwohner, die einen eigenen Stellplatz haben, die nach Frau Groh bisher erteilt wurden. Herr Adolf regt an, die Zeiten wegen der Fußballspiele auszudehnen. Herr Ascherl fragt, ob Gewerbetreibende eine Lizenz bekommen, was nach Frau Groh bisher nicht der Fall war.

Der Beschlussvorlage, nur die unmittelbaren Anwohner zu berücksichtigen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 7: Antrag der Fraktion der Unabhängigen Garching - Erstellung einer Satzung zur Aufstellung von Leihrädern

Nach Frau Groh ist die Regelung für Leihräder über eine Satzung nicht möglich. Man kann die Räder wegräumen, wenn sie in der Feuerwehranfahrtszone stehen, muss aber mit Schadenersatzklagen rechnen.

Herr Adolf meint, dass die Haftung auf grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz beschränkt werden kann. Herr Ascherl meint, dass es einen Unterschied zwischen Theorie und Praxis gibt. Herr Baierl bedauert, dass nicht mehr getan werden kann. Frau Groh bestätigt, dass die Umsetzung sehr schwierig wird.

Der Beschlussvorlage, eine Benutzungssatzung für den Maibaumplatz und den Helmut-Karl-Platz zu erarbeiten, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 8: Änderung der Vergaberichtlinien für die Kleingartenanlage

In den Nachbargemeinden wird nach Warteliste gearbeitet, das soll auch in Garching so geändert werden.

Herr Adolf fragt nach der Anzahl der Fälle und fragt nach der Warteliste. Herr Jakesch gibt bekannt, dass 82 Personen auf der Warteliste stehen. Herr Euringer fragt, wie viele Gärten zurückgegeben werden, Herr Jakesch meint, es seien derzeit eine größere Zahl.

Der Beschlussvorlage, den geänderten Vergaberichtlinien zuzustimmen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 9: Mitteilungen aus der Verwaltung

9.1: Vorschlag der Stadtverwaltung zur Vereinheitlichung des Wahlvorgangs für die Wahl der Mitglieder der zukünftigen Integrations-, Senioren-, und Behindertenbeiräte der Stadt Garching

Das Wahlverfahren für den Seniorenbeirat soll zum Standard werden.

Es gibt keinen Widerspruch, der Beschlussvorlage, die Vorlage an den Stadtrat zu verweisen, wird einstimmig zugestimmt.

9.2: Anfrage von STR Dombret aus der HFA Sitzung vom 7.12.2017 zur statistischen Erfassung überlanger Buchungszeiten in Kitas

Es gibt in Garching 14 Einrichtungen, die über 8 Stunden geöffnet haben. Die Eltern suchen die entsprechenden Einrichtungen gezielt aus.

TOP 10: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Keine.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*